

12a

Bundesausschuß: Berichte Griesinger, Horten, Kiesinger, Wohlrabe.

Bericht des Parteivorsitzenden. Bericht des Fraktionsvorsitzenden. Geschäftsordnung für den Parteitag. Genehmigung der Satzungen der Vereinigungen. Verschiedenes.

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 17.55 Uhr

BERICHT DES PARTEIVORSITZENDEN. BERICHT DES FRAKTIONSVORSITZENDEN. GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG. GENEHMIGUNG DER SATZUNGEN VON VEREINIGUNGEN.

Der Parteivorsitzende Dr. Kurt Georg Kiesinger erläutert die Haltung der CDU zum deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Vertrag.¹

Zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik verweist der Parteivorsitzende auf eine Erklärung des Präsidiums der CDU, die in einem gemeinsamen Gespräch zusammen mit den CDU-Landesministern beraten und beschlossen worden ist.

Vorschläge aus der anschließenden Diskussion:

Wohlrabe: 1. Aufforderung zur Parteidisziplin (bezogen auf das Interview des Vorsitzenden der Jungen Union, Jürgen Echternach, zum Polen-Vertrag in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die Oder/Neiße-Linie muß anerkannt werden“).²

2. Bitte um flankierende Maßnahmen zur Landtagswahl in Berlin: terminierte Einbringung von politisch relevanten Themen (z. B. Radikalismus) im Deutschen Bundestag, um dadurch dazu beizutragen, daß Berlin während des Landtagswahlkampfes bundespolitisch präsent ist.

Horten: Die bisherige Aufklärungsaktion (Broschüre usw.) soll ergänzt werden durch Flugblätter über aktuelle politische Probleme. Die Entwürfe für die Flugblätter könnten an die Kreisverbände gegeben werden, die den Druck selbst vornehmen.³

1 Unterzeichnet am 7. Dezember 1970 in Warschau, vgl. BULLETIN Nr. 171 vom 8. Dezember 1970 S. 1815.

2 In der Vorlage: Saarbrücker Zeitung. – Vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 16. Dezember 1970 „Echternach: Oder-Neiße-Grenze anerkennen!“.

3 Zur Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Oktober 1970 zum deutsch-sowjetischen Vertrag vgl. Nr. 9 Anm. 61. Vgl. auch die „Empfehlungen zur Durchführung der CDU-Aufklärungsaktion über die Deutschland- und Ostpolitik“ der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Oktober 1970 (07-001 AO BGST Jan.70-Dez.70 unverzeichnet) sowie Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz vom 23. September 1970 (ACDP 07-001-512). Die von der Bundesgeschäftsstelle erstellte Dokumentation zum deutsch-sowjetischen Vertrag wurde im November 1970 im Auftrag von Bruno Heck an alle Mitglieder des EUCD-Büros in deutscher, englischer und französischer Sprache versandt (ACDP 07-004-217/2).

Griesinger: Die CDU-Dokumentation über die Ostverträge sollte allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

BERICHT DES FRAKTIONSvorsITZENDEN

Entfällt wegen Erkrankung Herrn Dr. Barzels und Verhinderung Herrn Dr. Stoltenbergs.

GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG

Die Geschäftsordnung für den Parteitag wird nach Hinzufügung folgenden Satzes im Abs. 2: „Die Anträge sind beim jeweiligen Tagungspräsidenten einzureichen“ einstimmig gebilligt.

GENEHMIGUNG DER SATZUNGEN VON VEREINIGUNGEN

- a) Die Vorlage des Bundesfinanzausschusses vom 16. Dezember 1970 zu den Finanzordnungen der Vereinigungen wird nach Streichung der Worte „innerhalb eines Jahres“ im ersten Absatz einstimmig beschlossen.⁴
- b) Die Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands (KPV) wird einstimmig genehmigt.⁵
- c) Die Satzung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU wird einstimmig genehmigt entsprechend der Beschlußvorlage.
- d) Die Satzung der Sozialausschüsse der CDA wird einstimmig genehmigt.
- e) Die Satzung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge wird einstimmig genehmigt.
- f) Die Satzung der Jungen Union wird einstimmig genehmigt.
- g) Der Entwurf der Satzung der Wirtschaftsvereinigung der CDU wird mit Mehrheit genehmigt, nach dem in § 3 (1) 2. Abs. – Personenmehrheiten – folgende Worte gestrichen worden sind: „die auf Bundesebene organisiert sind“.

4 Unterlagen in ACDP 07–001–605. Protokoll der Sitzung des Bundesfinanzausschusses am 16. Dezember 1970 in ACDP 07–001 AO Bundesschatzmeister/Bundesfinanzausschuß 1.1.1969–27.2.1973 (unverzeichnet).

5 Sitzungsvorlagen und Satzungen der Vereinigungen in den Unterlagen zur Sitzung des Bundesausschusses (ACDP 07–001–605). – Zur Frage der Satzung für die Wirtschaftsvereinigung vgl. Nr. 8 Anm. 2.

VERSCHIEDENES

Der Antrag der Frauenvereinigung zum Ladenschlußgesetz wird nicht behandelt.